

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeiger des Postamtes entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abdruck 10 Pf. — Preis für den Abdruck 10 Pf.

Redaktionsadresse: Erzgebirgische Anzeiger für das Erzgebirge, Postfach 10, Chemnitz, am 1. Februar 1932.

Verleger: Erzgebirgische Anzeiger für das Erzgebirge, Chemnitz, Postfach 10, 1932. Inhalt: die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 23

Donnerstag, den 28. Januar 1932

27. Jahrgang

Frankreich weiter gegen eine endgültige Lösung

Keine Einigung in den englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage — Beide Teile beharren auf ihrem Standpunkt

Paris, 26. Jan. Das, was „Matin“ über die gestern am Quai d'Orsay geführten Verhandlungen mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell gebracht hat, kann dahin ergänzt werden, daß von England offenbar ganz bestimmte Forderungen, die über das Jahr Juli 1932 bis Juli 1933 hinausgehen, gemacht wurden. Der Außenminister des „Echo de Paris“ will in der Lage sein, über die englische und die französische Stellungnahme während der gestrigen Verhandlungen mitteilen zu können, die Gelegenheit sei keinen Schritt vorwärts gekommen. Engländer seien man am dem Verlangen fest, daß die Reparationskonferenz im Mai oder Juni zusammenetrete und eine Regelung vornehme, die sich mindestens auf eine Reihe von Jahren erstrecke. Was die Art dieser Regelung anbetreffe, so genüge es, zu sagen, daß sie ein absolutes Moratorium, das heißt, die Unterbrechung aller deutschen Zahlungen, umfassen solle, auch derjenigen, die das gegenwärtig in Kraft befindliche Hoover-Moratorium, habe bestehen lassen. Wahrscheinlich seien weder Laval noch Flandin geneigt, diesen Plan anzunehmen, der in der Praxis die einfache Beseitigung der deutschen Reparationen bedeuten würde, ohne Rücksicht auf das, was die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Kriegsschulden tun oder nicht tun würden. Die Grenze dessen, was Frankreich zugestehen könne, sei in einer Erneuerung des Hoover-Moratoriums einschließlich der darin enthaltenen Sicherungsbestimmungen für einen Zeitraum vom 1. Juli 1932 bis 1. Juli 1933 zu erblicken. Außerdem dürfe nach französischer Ansicht die Reparationskonferenz im Mai oder Juni bezüglich der Zukunft nichts über den Zeitpunkt von zwei Jahren vorwegnehmen. Wenn London wünsche, daß sich diese Konferenz mit etwas anderem als der Definierung eines Moratoriums für ein oder zwei Jahre beschäftigen solle, dann mögen außer der Repara-

tionsfrage noch andere finanzielle und wirtschaftliche Probleme auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden.

London, 26. Januar. Zur gestrigen Unterredung zwischen dem britischen Botschafter in Paris und den französischen Ministern will der Pariser Korrespondent der „Times“ wissen, daß dabei die Auffassungen der beiden Regierungen sich etwas genähert hätten. Im Gegensatz hierzu meldet der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Paris, anscheinend hätten sich weder die französische noch die britische Regierung bestrebt, sich auf einem absoluten Moratorium ohne Rücksicht auf die Haltung Amerikas. Andererseits betrachte die französische Regierung das Hoover-Moratorium als das äußerste Zugeständnis, das sie Deutschland machen könne. Die Zusammenkunft zwischen Laval und MacDonald werde schwerlich in dieser Woche stattfinden.

London, 26. Januar. Von unterrichteter Seite verlautet, daß in den französisch-britischen Verhandlungen über die Abhaltung der Lausanner Konferenz noch kein Fortschritt erzielt worden ist. Die Bemühungen der britischen Regierung, eine Formel zu finden, die für Deutschland und Frankreich annehmbar ist, dauern fort.

Die Zusammenkunft MacDonald-Laval

London, 26. Januar. Wie Reuter berichtet, scheint keine Aussicht zu bestehen, daß die geplante Zusammenkunft zwischen MacDonald und Laval noch in dieser Woche stattfindet.

Die ukrainische Minderheitenbeschwerde vor dem Völkerbundsrat

Genf, 26. Januar. Der Völkerbundsrat wird in seiner nächsten Sitzung der gegenwärtigen Lage zu den Beschwerden der ukrainischen Minderheit in Polen Stellung nehmen. Diese Angelegenheit, deren Behandlung durch den Völkerbund sich nun bereits über ein Jahr hinzieht, ist von grundsätzlicher Bedeutung für die europäischen Minderheiten, und es ist daher begreiflich, daß man in Völkerbundskreisen den Erörterungen mit dem größten Interesse entgegensteht. Berichterstatter ist der Vertreter Japans, Sato. — Die Beschwerden gehen zurück auf die Gewaltmaßnahmen der polnischen Behörden gegen die Ukrainer bei der sogenannten Passifizierung Galiziens im Herbst 1930. In diesen Tagen veröffentlichte das Völkerbundsekretariat eine Reihe von Dokumenten über diese Angelegenheit. Unter den Schriftstücken befinden sich auch die Antworten der polnischen Regierung auf die Anfragen des Sekretariats mit der Prüfung der Dinge beauftragten Dreierkomitees. Die polnische Regierung klagt sich der ganzen Angelegenheit dadurch zu entziehen, daß sie sie als interne Verwaltungsfrage hinstellt und ihren internationalen Rechtscharakter leugnet. Von einer Bekräftigung der für die künftigen Ausschreitungen Verantwortlichen ist in den polnischen Antworten ebensowenig die Rede wie von einer Wiedergutmachung und Entschädigung.

Der ohnmächtige Völkerbund

Völkerbundsratsitzung zum mandchurischen Konflikt

Genf, 26. Januar. Der Völkerbundsrat behandelt heute den japanisch-chinesischen Konflikt in einer nichtöffentlichen Sitzung, in der die Vertreter Chinas und Japans nicht anwesend waren. Wie verlautet, unterhielten sich die Ratssmitglieder über die Lage in der Mandchurei und das Verfahren, das der Rat unter Umständen angesichts der neuen Verschärfung anzuwenden hätte. Der Vorsitzende des Rates wird noch heute die Vertreter Chinas und Japans gesondert empfangen.

Hitler spricht vor der Industrie

Düsseldorf, 26. Jan. Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, hielt heute hier im Industrieklub vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie einen Vortrag. Da die Presse zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen war, kann über den Inhalt der Ausführungen zunächst nichts gemeldet werden.

Die Abschaffung der Prohibition vom finnischen Reichstag angenommen

Helsingfors, 27. Jan. Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung die Regierungsvorlage über das Alkoholverbot an.

Briand Nachfolger von Sir Eric Drummond?

London, 27. Jan. Einer „Exchange“-Meldung aus Genf zufolge ist unter den Delegierten eine Agitation im Gange, Briand zu veranlassen, der Nachfolger Sir Eric Drummonds als Generalsekretär des Völkerbundes zu werden. Drummond habe es endgültig abgelehnt, weiter im Amt zu bleiben.

Die Preisentung

Berlin, 26. Januar. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat in den Verhandlungen mit den Vertretern der Abzahlungs-Geschäfte die Frage der Herabsetzung der Preise und die Höhe der einzelnen Raten erörtert. Die Abzahlungs-Geschäfte haben eine grundsätzliche Herabsetzung der Preise mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Senkung bedeutliche Auswirkungen auf die Stabilität der Finanzierungsinstitute haben müßte. Sie haben aber zugestimmt, die Höhe der einzelnen Raten herabzusetzen, sobald die Abzahlung sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken würde.

Die Vertreter des Schmiedehandwerks haben dem Preis-Kommissar erklärt, daß sie den Mitgliedern ihrer Organisationen eine 10prozentige Senkung der Preise empfehlen würden.

Verbilligung der Schlafwagenkarten

Berlin, 26. Jan. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft wird, wie verlautet, in den nächsten Tagen eine Verbilligung der Schlafwagenkarten sowohl in der ersten wie in der zweiten Klasse und der Plogewagenkarten dritter Klasse bekanntgeben. Die Preisermäßigung soll ab 1. Februar in Kraft treten.

Dr. Girdeler über Autarkie

Berlin, 26. Jan. Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Girdeler, sprach in der Geschäftsführerkonferenz der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels über sein Amt und seine Ziele. Der Preisabbau, so führte er aus, sei der Ersatz für eine Währungsdevaluierung, wie sie England und die nordischen Staaten durchgeführt haben, um so auf eine andere Preisbasis zu kommen. Die Not im eigenen Lande dränge jedes Volk zur Selbsthilfe. Deshalb sei ein dämlicherer Zug zur Autarkie vorhanden, dem sich niemand ganz entziehen könne. Länder mit hoher Industrieentwicklung müßten aber selbst bei größter Pflege des Binnenmarktes eine solche Autarkie mit einem starken Rückgang der Lebenshaltung bezahlen. Darum gebe es, alles

vorzubereiten, um den mit Sicherheit in wenigen Jahren eintretenden Rückschlag der Enttäuschung aufzufangen. Seine Tätigkeit erstreckte sich auf die verschiedenen Elemente der Preisbildung von der Erzeugung bis zum Absatz an den letzten Verbraucher. Es heiße arbeiten, sparen, Kapital neu zu bilden. Dr. Girdeler's Ausführungen über die Autarkie unterließ dann das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft, Dr. Tiburtius, der gleichfalls betonte, daß die Autarkie keinesfalls zu einer gewissen Entwicklung erhoben werden dürfe. Er schilderte dann die Wirkungen der Notverordnung auf die Preise, Unkosten und Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft und erklärte, ein niedrigeres Preisniveau sei nur möglich, wenn auch die Einkaufspreise und Kosten des Einzelhandels zurückgeschraubt würden. Zum Wagenmännchen Projekt erklärte Dr. Tiburtius weiter, es trage gefährliche Tendenzen einer Preissteigerung in sich.

Die umstrittene Todesstrafe

Aussprache im Strafrechtsausschuß des Reichstages

Berlin, 26. Januar. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages erledigte heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) zunächst die zurückgestellten Bestimmungen des Entwurfes über die Störung der Verkehrssicherheit, die in den §§ 230 und 231 enthalten sind. Der Ausschuss nahm diese beiden Paragraphen in etwas abgeänderter Form an. Danach wird die Störung der Sicherheit des Eisenbahn-, Schiffs- oder Luftverkehrs, wenn dadurch eine Gefahr für Leib und Leben oder in bedeutendem Umfang für fremdes Eigentum herbeigeführt wird, mit Zuchthaus bestraft, die Störung der Verkehrssicherheit auf Wegen mit Gefährdung. Neu eingefügt wurde ein § 231a, der eine Störung der Verkehrssicherheit durch pflichtwidrige Unterlassung mit Gefährdung bestraft, wenn die Unterlassung willentlich erfolgt. In allen diesen Fällen wird auch der Versuch unter Strafe gestellt. Der Strafrechtsausschuß wolle dem zum 17. Abschnitt über die Tötung übergehen. In Verbindung damit ist auch die Todesstrafe

zu behandeln, die nach § 245 des Entwurfes als Sühne für den Mord, wie im geltenden Recht, vorgesehen ist. Da es sich hier um einen der meistumstrittenen Abschnitte des Strafgesetzentwurfes handelt, so entspann sich zunächst eine längere Aussprache darüber, ob man in Abwesenheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten überhaupt in Beratung einträte. Der Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) verlas eine Entschließung, nach der seine Fraktion die weitere Beteiligung an den Beratungen des

Ausschusses ablehne. Die Mehrheitsverhältnisse des Ausschusses seien durch den Auszug der Rechtsparteien völlig verschoben, jede Abstimmung in den weitestgehenden Punkten im Ausschuss führe zu Ergebnissen, die den tatsächlichen Verhältnissen im Wesentlichen entgegenstünden. Das sei unerträglich. Darauf entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Vertreter des Reichsjustizministeriums Mitteilungen über Kompromißverhandlungen unter den Parteien machte. Nach seiner Erklärung verließ Abg. Jörissen den Saal.

Abg. Emminger (D. Sp.) erklärte, zwei Fragen hätten sich aus den Ausführungen des Abg. Jörissen heraus: die Schuld der abstruzierenden Rechtsparteien, wenn solche Majoritäten zustande kämen und die Gefahr einer Irreführung der öffentlichen Meinung durch solche Abstimmungen. Er hätte gewünscht, daß man alle Fragen weitestgehender Natur einstweilen zurückgestellt und inwischen die anderen zum Teil auch sehr schwierigen tatsächlichen Kapitel erledigt hätte. Er wolle nicht dem Abgeordneten Jörissen folgen und aus dem Ausschuss aussteigen, weil er das für eine Pflichtverletzung halte, aber er werde sich an den Debatten weiter nicht beteiligen und stelle die Verantwortung derer fest, die jetzt die Abstimmung der strittigen Frage zwingen wollten.

Abg. Bell (S.) führte aus, die volle Verantwortung dafür, daß über diese außerordentlich wichtigen Fragen im Ausschuss keine Beschlüsse gefaßt werden, deren Umgehung im Wesentlichen unmöglich ist, müssen wir denjenigen Parteien über-